

à propos

Das
Friedensmagazin
von KOFF



Kambodscha: Wahlen und Gewalt

swiss
peace

Schweizerische Friedensstiftung
Fondation suisse pour la paix
Fondazione svizzera per la pace
Swiss Peace Foundation

1

schwerpunkt

Welche Zukunft für Kambodscha nach den Wahlen?

2

dossier

Friedens- und Demokratieförderung im Kontext von Wahlen – EDA

Nach der Wahlfarce in Kambodscha

Blockchain: Die Wahlen der Zukunft?

Kambodscha: Wahlen ohne Opposition

3

erfahren sie
mehr
darüber

Komplexität und Kurzfristigkeit: Ursachen und Folgen von Gewalt bei Wahlen

4

aktuell

swisspeace / KOFF

KOFF-Trägerorganisationen

5

agenda

Bevorstehende Veranstaltungen und Inserate

editorial

Wahlen dienen dazu, Regierungen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene zu legitimieren. Sie sollen die Demokratisierung fördern und für mehr Gerechtigkeit sorgen. Tatsächlich tragen Wahlen teilweise zu einer friedlichen Konfliktlösung bei. Gerade in fragilen Staaten sind sie aber auch oft von Gewalt begleitet. Sie können tiefverwurzelte soziale und politische Differenzen zum Vorschein bringen und diese wieder aufflammen lassen. Besonderen Zündstoff enthalten Wahlen, die von der Bevölkerung – oder zumindest von einem Teil der Bevölkerung – als unfair wahrgenommen werden. Sei diese Wahrnehmung nun berechtigt oder auch nicht.

Kambodscha hat am 29. Juli 2018 Parlamentswahlen abgehalten. Sämtliche Opposition wurde bereits im Vorfeld im Keim erstickt. Der Sieg der Volkspartei CPP war daher wenig überraschend. Bewegt sich Kambodscha nun auf ein Ein-Parteien-System zu? Welche Auswirkungen hat diese Wahl auf die Spannungen im Land? Inwiefern hängen Wahlen und Gewalt generell zusammen und wie können Ausschreitungen verhindert werden? Gibt es technologische Lösungen, welche Wahlen in Zukunft gerechter und somit auch friedlicher gestalten könnten? Diese Fragen und mehr werden in dieser Ausgabe diskutiert.

Ich wünsche eine angenehme Lektüre.

Redakteurin KOFF Magazin, Amélie Lustenberger

Welche Zukunft für Kambodscha nach den Wahlen?



Allgegenwärtige Regierungspartei in Phnom Penh, Juli 2018. Foto von Katrin Travouillon

In den letzten vier Jahrzehnten hat Kambodscha mehrere Übergangsphasen durchlebt. Das Land bewegte sich von Kriegen in einen (negativen) Frieden, von dem totalitären Regime der Roten Khmer und dem autoritären Regime der 80er Jahre zu einem hybriden politischen System mit Mehrparteienwahlen sowie von einer Planwirtschaft zu einem kapitalistischen und freien Markt.

Diese Transformationsprozesse standen im Mittelpunkt vieler Debatten von Forschenden und Analysten_innen rund um die Frage, wie sich der erreichte Frieden, das Wesen der Demokratie und die Art der Entwicklung in Kambodscha beschreiben lassen. Begleitet wurde diese Frage oft von teilweise heftigen Diskussionen über den Erfolg oder Misserfolg von internationalen Interventionen. Seit in Kambodscha Anfang der 90er Jahre eine der ersten grossen friedensbildenden Massnahmen nach dem Kalten Krieg durch die United Nations Transitional Authority in Cambodia (UNTAC) durchgeführt wurde, ist das Land das Terrain weitreichender internationaler Interventionen in Staats- und Friedensbildung, Wiederaufbau und Entwicklung sowie zuletzt in der Übergangsjustiz.

Mit den Wahlen am 29. Juli 2018 gingen diese Debatten in eine neue Runde. Es waren die sechsten Parlamentswahlen, seit die UNO 1993 die ersten demokratischen Wahlen in Bezug auf die Umsetzung der Pariser Friedensabkommen von 1991 überwachte.

Der Gewinner bekommt alles

Gemäss den ersten Resultaten der nationalen Wahlkommission (NEC) hat die regierende kambodschanische Volkspartei (CPP) 76.78% der Stimmen erhalten. Die CPP hat daraufhin alle 125 Sitze im Parlament für sich erklärt. Die weiteren 19 kleineren Parteien hatten zu wenig Stimmen, um auch nur einen Sitz zu ergattern. Diese vermeintlichen Resultate stärken die CPP und ihren Ministerpräsidenten Hun Sen, der dienstälteste Regierende in Asien.

Dieses Ergebnis ist keine Überraschung, denn der einzigen ernstzunehmenden Opposition wurde die Teilnahme an der Wahl verboten. Im November 2017 löste das oberste Gericht die «Cambodia National Rescue Party» (CNRP) auf, welche 2013 noch 44.5% der Stimmen hatte und 2017 bei den Kommunalwahlen auf 43.8% kam. Der ehemalige Präsident der Partei, Kem Sokha sitzt im Gefängnis, während andere CNRP-Vertreter inklusive dem Mitbegründer Sam Rainsy im Exil leben. Die kleineren Parteien stellten keine ernsthafte Bedrohung für die CPP dar, weil sie entweder zu unbekannt oder regierungsnah sind.

In Anbetracht dieser Ausgangslage ging es bei der Wahl nicht darum, eine Partei, eine politische Idee oder ein Programm zu wählen, sondern ob Bürger_innen überhaupt zur Wahl gehen. Dies geschah in einem Klima der Einschüchterung, welches ironischerweise durch den langjährigen Gebrauch von Finger-Tinte bei kambodschanischen Wahlen erleichtert wurde. Die Praxis, die Zeigefinger der Wähler in Tinte zu tauchen, um zu verhindern, dass jemand zweimal abstimmt, erlaubte es der CPP, diejenigen einzuschüchtern, die dem CNRP-Boykottaufruf und ihrer «Clean-Finger-Kampagne» folgen würden, da sie leicht erkennbar sind.

Entsprechend hoch war daher das Interesse an der Wahlbeteiligung. Während die Anzahl registrierter Wähler abnahm, gab die nationale Wahlkommission bekannt, dass die Wahlbeteiligung bei 82.89% lag, höher als 2013 (69.6%). Allerdings haben die Beobachtenden auch die Zahl der ungültigen Stimmen verfolgt: Die nationale Wahlkommission sprach von 8.6%, was 600'000 Stimmen entspricht und ein starker Anstieg zu den letzten nationalen Wahlen (1.2%) bedeutet. Auf diese Zahlen inklusive der Anzahl Stimmen für die CPP ist allerdings kein Verlass, denn auch die nationale Wahlkommission ist nicht unabhängig und die Konditionen für eine freie und faire Wahl

wurden nicht erfüllt. Der Europäische Auswärtige Dienst, Kanada, Australien und Deutschland sowie internationale Nichtregierungsorganisationen wie Human Rights Watch haben die Wahlen scharf kritisiert.

Das Ende einer bereits bröckelnden Demokratie?

Mitglieder der CNRP, Medienschaffende und erfahrene Analysten_innen bezeichneten die Wahlen als «Farce» und sogar als das Ende der Demokratie in Kambodscha. Der Zersetzungsprozess der kambodschanischen Demokratie begann allerdings bereits bevor die internationalen Medien sich für die Wahlen im Land interessierten. Er übertraf deutlich das schon bekannte Phänomen von verstärkter Repression zur Zeit von Wahlgängen. Bereits vor den Wahlen untergrub die regierende Partei das gesamte politische System in beispiellosem Ausmass und unter umfassender Nutzung des Rechtssystems, während eine unabhängige und unparteiische Justiz fehlte. Mit der Auflösung der CNRP im November 2017 wurden 118 CNRP Gesetzgebende und hohe Funktionäre_innen für fünf Jahre von politischer Aktivität verbannt. Unabhängige Medien wurden geschlossen oder verkauft, Journalisten_innen verhaftet. Seit der Annahme eines neuen Gesetzes über Verbände und NGOs in 2015 wurde der Spielraum der Zivilgesellschaft stark eingeschränkt. Auch bei Online-Aktivitäten ist die Überwachung und Strafverfolgung gestiegen, nachdem die sozialen Medien im Kontext der letzten Nationalwahlen 2013 zur Protestplattform wurden.

Diese besorgniserregenden Entwicklungen spiegeln sich auch in verschiedenen Rankings Kambodschas bei internationalen Indizes wider. Im Jahr 2018 belegt Kambodscha Platz 142 im Reporter ohne Grenzen Welt-Pressefreiheitsindex, während das Land 2016 noch auf Platz 128 lag. Der Korruptionsindex von Transparency International setzte Kambodscha für 2017 auf Platz 161 von 180. Dies ist die schlechteste Platzierung unter den Ländern der Association of Southeast Asian Nations (ASEAN) in diesem Jahr. Kambodscha liegt vor Nordkorea und Afghanistan an dritt schlechtester Stelle für den asiatisch-pazifischen Raum.

Diese Entwicklungen bestätigen die Analyse einiger Politikwissenschaftler_innen bezüglich des Übergangs vom kompetitiven Autoritarismus zu einem hegemonialen autoritären Regime in Kambodscha, wobei sich das Land auf die Einparteienstaaten seiner Nachbarländer Laos und Vietnam zubewegt. Die CPP greift zu Praktiken, die an andere autoritäre Regime erinnern, wie beispielsweise den Einsatz von Schattenwahlbeobachtern oder die Anwendung von Steuergesetzen, um unabhängige Medien zum Schweigen zu bringen.

Die Zivilgesellschaft in einem Kontext der Einschüchterung stärken

Die Debatten über diese Transformationsprozesse sind für die kambodschanische Bevölkerung nichts Abstraktes, wie ich bei mehreren Forschungsaufenthalten über die letzten zehn Jahre beobachten konnte. So berichtete mir beispielsweise im Jahr 2014 ein älterer Herr, welcher für Demonstrationen aus einer ländlichen Provinz in die Hauptstadt Phnom Penh gekommen war: «Seit UNTAC bis heute sehe ich keinen wirklichen Frieden. [...] [Bisher] ist es nur ein Bild, um zu zeigen, dass der Job ausgeführt und Wahlen organisiert wurden, aber die Demokratie wird nicht wirklich praktiziert, sie ist nur auf dem Papier, nicht für das Volk. Nur eine Person, hat die Kontrolle und die Macht.» Ebenfalls 2014 erklärte mir ein Vertreter einer Gemeinschaft, die vom Landraub im Nordosten Kambodschas betroffen

ist sein Verständnis von Demokratie: « Eine Regierung, welche die Menschen stärker berücksichtigt als die öffentlichen Autoritäten. Die Behörden sind nur die Vertreter der Menschen, [...] die Menschen müssen respektiert werden. »

Solche Stimmen, welche sich gegen die Art und Weise stellen, wie die Bedeutung von Demokratie, Frieden und Entwicklung in einem autoritären Kontext untergraben wird, laufen nun Gefahr zu verstummen. In diesem Zusammenhang setzen viele Beobachtende ihre Hoffnung auf einen weiteren Transformationsprozess, den Kambodscha durchlebt: den demografischen Wandel, kombiniert mit einer Verbesserung der sozioökonomischen Bedingungen trotz Ungleichheiten. Eine Mehrheit der Bevölkerung hat keine eigenen Erinnerungen an das Regime der Roten Khmer oder den Bürgerkrieg. Für die jungen Menschen, die 2013 aktiv politische Veränderungen gefordert haben, waren die diesjährigen Wahlen jedoch auch eine besonders entmutigende Erfahrung.

Somit sind Anstrengungen erforderlich, um insbesondere die Jugend zu stärken, aber auch um einen sicheren Raum für die Zivilgesellschaft zu bewahren sowie Menschenrechtsverteidiger_innen und unabhängige Medienschaffende zu schützen. Zudem sollte über kreative Wege und Partnerschaften nachgedacht werden, um kambodschanische Forschende dabei zu unterstützen, in diesem schwierigen Umfeld weiterhin unabhängig zu arbeiten. Die diesjährigen Wahlen fordern auch ein Umdenken darüber, wie internationale Interventionen gestaltet werden sollten, damit die Stimmen der kambodschanischen Bürger_innen nicht nur weiterhin Gehör finden, sondern auch die Richtung des Landes mitgestalten können.

[swisspeace](#)

Julie Bernath

Julie.Bernath@swisspeace.ch

Senior researcher & program officer, Dealing with the Past

[links](#)

- [Corruption Perception Index for 2017, Transparency International \(auf Englisch\)](#)
- [2018 World Press Freedom Index, Reporter Without Borders \(auf Englisch\)](#)
- [Preliminary results of the 2018 National Assembly elections, NEC, 30 July 2018 \(auf Englisch\)](#)

dossier

Friedens- und Demokratieförderung im Kontext von Wahlen – EDA



Prävention durch Verhandlungen eines Verhaltenskodexes der politischen Parteien in Bezug auf Betrug und Gewalt bei Wahlen in Myanmar 2015. Bild: EDA

Wahlen sind ein wichtiges Instrument in Demokratisierungs- und Friedensprozessen. Ihr Ziel ist es, der Bevölkerung die Möglichkeit zu geben ihre politischen Entscheidungstragenden frei zu wählen und die Macht friedlich zu verteilen. Allerdings können Wahlen, aufgrund von latenten gesellschaftlichen Spannungen und bei starkem Wettbewerbsdruck, auch zu Gewalt und Betrug führen. Basierend auf ihrem Mandat zur Förderung von Frieden, Entwicklung und Demokratie unterstützt das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) Länder bei ihrem Übergang in eine Demokratie und bei der Durchführung von Wahlen.

Eine Herausforderung für die menschliche Sicherheit

Politische und wahlbezogene Gewalt ist komplexer als bewaffnete Konflikte und stellt deshalb eine echte Gefahr für die menschliche Sicherheit sowie die Stabilität vieler Regionen dar. Zahlreiche Beispiele der letzten zehn Jahre in Asien bestätigen dies

(Afghanistan, Bangladesch, Kambodscha, Nepal, Pakistan, Philippinen, Thailand und Osttimor) (1). In Afrika waren 20 Prozent der Wahlen in den letzten beiden Jahrzehnten von Gewalt begleitet (2). Dabei entstand diese Gewalt nicht direkt als Folge der Wahlen, sondern widerspiegelt das Versagen der politischen Prozesse. Gut organisierte Wahlen ebnen der freien Meinungsäußerung den Weg und fördern friedliche Übergänge. Bei der Umsetzung ihres Mandats hat die Abteilung für menschliche Sicherheit (AMS) des EDA zum Ziel, die positive Rolle von Wahlen zu verstärken und hat einen Ansatz entwickelt, der Wahlexpertise mit diplomatischen Instrumenten zusammenbringt.

Hochrangiges Engagement mit politischen Entscheidungstragenden: Eine Chance für den Frieden

Die AMS verfügt über reichhaltige Erfahrungen mit Wahlprozessen und in der Konfliktprävention. Sie begleitet politische Verhandlungen und die Überprüfung eines Verhaltenskodexes der politischen Parteien zur Prävention von Gewalt und Betrug, insbesondere während Wahlkampagnen. Die begleiteten Verhandlungen fanden stets in von starken Spannungen geprägten Übergangsphasen statt, die auf Zeiten langer Autokratie folgten und in denen das Risiko von Gewalt und Betrug sehr hoch war, wie in Tunesien 2014, Myanmar 2015 oder in Zimbabwe 2018 (3). Dank konkreter Freiwilligeneinsätze gegen persönliche oder interkonfessionelle Angriffe, physische Gewalt oder Einschüchterungen zeigen sich die Parteien verantwortungsbewusster und offener für den Dialog (4). In Nigeria hat die AMS das nationale Friedenskomitee in seiner Präventionsarbeit unterstützt und zu einer Vereinbarung der Präsidentschaftskandidaten_innen 2015 beigetragen, die 2019 aktualisiert werden soll. Sie hat auch die «Electoral Integrity Initiative» der Kofi Annan Stiftung unterstützt (5). Zudem hat die AMS im Frühling dieses Jahres verschiedene hochrangige politische und diplomatische Akteure sowie internationale Wahlverantwortliche für eine Konferenz zum Thema «Elections to Peace» zusammengeführt, um die Massnahmen für günstige Rahmenbedingungen von freien und friedlichen Wahlen weiter zu entwickeln.

Unterstützung von demokratischen und friedlichen Wahlen: DEZA Aktivitäten und Risikomanagement

Auch für die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) sind Wahlen ein wichtiger Eckpfeiler einer umfassenden Agenda zur Förderung demokratischer Prozesse. Sie ermöglichen es der Bevölkerung, ihre politischen Vertreter_innen zur Verantwortung zu ziehen und die Macht zu verteilen. Voraussetzung sind faire Wahlen, die niemanden ausschliessen und ohne Angst und Gewalt ablaufen.

Die DEZA ist sich durchaus bewusst, dass Wahlen Gesellschaften teilen und gewalttätige Konflikte zwischen ethnischen, religiösen und politischen Gruppen anheizen können. Aus diesem Grund basiert sie ihren Entscheid, ob und wie sie sich als Wahlhelferin engagiert, auf einer politischen Risikoanalyse. Auch das existierende Kooperationsprogramm wird jeweils entsprechend angepasst.

Die DEZA beteiligt sich auf unterschiedliche Art und Weise an Wahlen. Sie unterstützt Wahlkommissionen in ihrer Funktion, gut organisierte Wahlen abzuhalten. So engagierte sie sich beispielsweise in Mazedonien im Kontext der politischen Krise 2016 in der Wahlhilfe; mittels Expertise von International IDEA, einer intergouvernementalen Organisation zur

Förderung demokratischer Wahlprozesse weltweit, unterstützte sie den Einsatz eines Instruments zum Wahlrisikomanagement durch die staatliche Wahlkommission, um Risiken zu antizipieren und Präventionsstrategien zu entwickeln.

Weitere typische Strategien beinhalten die Unterstützung der Zivilgesellschaft und der Medien. Die DEZA trainiert Journalisten_innen, damit diese faktenbasiert informieren. Zudem wird z.B. in Mali ein konfliktsensitiver Ansatz gefördert, damit die angespannte Situation nicht eskaliert. In Myanmar hat die DEZA 2015 die Zivilgesellschaft während den Wahlen unterstützt, indem die Bevölkerung über den Wahlprozess informiert und die Relevanz einer friedlichen Teilnahme betont wurde. Auch zivilgesellschaftliche Plattformen, die inländische Wahlbeobachtung betreiben, werden von der DEZA unterstützt. All diese Massnahmen sind wichtig, um die Legitimität von Wahlen zu erhöhen und Anzeichen von Gewalt vorzeitig zu erkennen und vorzubeugen.

Eine gute Praxis ist – im Gegensatz zu einer Ad-hoc-Intervention – ein langfristiges Engagement während des gesamten Wahlzyklus', als integraler Bestandteil eines grösseren Portfolios zur Förderung von Demokratie und Gouvernanz. Dies ist besonders wichtig um in fragilen Kontexten Vertrauen und Legitimität aufzubauen.

Kambodscha: Wie die DEZA sich politischen Entwicklungen anpasst

Seit 1995 engagiert sich die DEZA für die Entwicklung in Kambodscha. Mit der Eröffnung eines Kooperationsbüros 2012 wurde die Unterstützung noch intensiviert. Sie finanziert Programme im Gesamtwert von rund CHF 13 Mio. pro Jahr; lokale Gouvernanz und Bürgerbeteiligung (LGCP) ist einer ihrer drei Aktionsbereiche, der bis 2021 mit CHF 2,9 Mio. pro Jahr ausgestattet sein wird.

Das LGCP-Programm der DEZA hat zum Ziel, zu verantwortlichen staatlichen Institutionen beizutragen, die zugängliche und bezahlbare öffentliche Dienstleistungen von hoher Qualität anbieten und Raum für Dialog schaffen. Die geförderten Projekte konzentrieren sich auf den Kapazitätsaufbau der parlamentarischen und subnationalen Verwaltungen. Ihre weiteren Ziele sind eine verbesserte Dienstleistungserbringung, effektive lokale Räte zur Wirtschaftsentwicklung, rechenschaftspflichtige Behörden und somit eine insgesamt friedlichere Gesellschaft.

Nach der erzwungenen Auflösung der politischen Oppositionspartei im November 2017 stellte die DEZA sämtliche Unterstützung für den kambodschanischen Wahlzyklus ein, wollte aber weiterhin durch das LGCP-Programm involviert bleiben. Ihr konfliktsensitiver Ansatz wird nun verstärkt, um sicherzustellen, dass die Begünstigten und Partner nicht politischen Risiken ausgesetzt sind und, dass die Mittel nicht für parteiische Zwecke missbraucht werden. Die von der Königlichen Regierung von Kambodscha durchgeführten Programme werden auf ein Minimum reduziert, jedoch in einem Masse, dass es ermöglicht, den politischen Dialog und die Förderung der Menschenrechte offen zu halten.

Eine Analyse mit verschiedenen Stakeholdern, darunter Regierungsvertretenden auf nationaler und subnationaler Ebene, zeigte, dass mit vorsichtigen Sicherheitsmassnahmen die Chancen die Risiken überwiegen: Die Unterstützung einer guten Regierungsführung auf lokaler Ebene wird von der kambodschanischen Bevölkerung benötigt und gewünscht. Deshalb hat die DEZA ihre Beiträge für Dezentralisierungsreformen durch nationale

Behörden reduziert und konzentriert sich nun stärker auf die subnationalen Akteure. Die Unterstützung der lokalen Räte zur Wirtschaftsförderung wird fortgesetzt, jedoch unter aktiver Beteiligung der zivilgesellschaftlichen Organisationen und des Privatsektors an den Entscheidungsprozessen. Die Finanzierung der Kapazitätsentwicklung der Parlamentsverwaltung wird zunehmend an Initiativen auf internationaler/regionaler Ebene gekoppelt sein; die technische Hilfe der Schweizerischen Parlamentsdienste wurde jedoch bereits im November 2017 ausgesetzt.

[Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten \(EDA\)](#)

Tatiana Monney und Simon Dousse

tatiana.monney@eda.admin.ch

Abteilung Menschliche Sicherheit (AMS), Elections and Democracy Adviser

[Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten \(EDA\)](#)

Frédéric Steck

frederic.steck@eda.admin.ch

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA), Program Manager Cambodia

[Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten \(EDA\)](#)

Corinne Huser

corinne.huser@eda.admin.ch

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA), Policy Advisor Democratisation, Decentralisation and Local Governance

links

- [1\) Asia Foundation, The State of Conflict and Violence in Asia, 2018 \(auf Englisch\)](#)
- [1\) UNDP, Understanding Electoral Violence in Asia, 2011 \(auf Englisch\)](#)
- [2\) Hyde and Marinov, 2012, Which elections can be lost? \(auf Englisch\)](#)
- [2\) Straus, Scott, and Charlie Taylor, 2012, Democratization and Electoral Violence in Sub-Saharan Africa. Pp. 15–38 in Voting in Fear. Electoral Violence in Sub-Saharan Africa, edited by Dorina Bekoe. Washington, D.C.: United States Institute of Peace. \(auf Englisch\)](#)
- [3\) Simbabwe: Die Schweiz begrüsst die Verpflichtung der politischen Parteien, Gewalttaten während der Wahlen zu verhindern](#)
- [4\) Dialogues on Code of conduct, Ed. International IIDEA and FDFA/HSD, 2017 \(auf Englisch\)](#)
- [5\) Electoral Integrity Initiative \(auf Englisch\)](#)

dossier

Nach der Wahlfarce in Kambodscha



Regierungschef Hun Sen nach der Stimmabgabe am 29. Juni 2018. Foto von Heng Sinith / AP

Wehe denen, die keine Tinte am Finger haben!

Wie erwartet haben Premierminister Hun Sen und seine Kambodschanische Volkspartei CPP die nationalen Wahlen vom 29. Juli gewonnen. Wer diese boykottierte, muss mit Diskriminierungen rechnen. Während der Einfluss Chinas in Kambodscha immer mehr zunimmt, schaut der Westen trotz der Wahlfarce weg.

Noch vor Bekanntgabe der offiziellen Wahlergebnisse Mitte August gab der seit 33 Jahren herrschende Autokrat bekannt, seine Partei habe alle 125 Parlamentssitze gewonnen. Nachdem die einzige ernst zu nehmende Oppositionspartei, die Kambodschanische Nationale Rettungspartei CNRP, im Herbst 2017 wegen angeblichen Hochverrats verboten wurde, stand der Wahlsieg der CPP schon lange vor dem Urnengang fest.

Parallel zur Unterdrückung der Opposition wurde die Medienfreiheit in Kambodscha massiv eingeschränkt. Die englischsprachige Tageszeitung *Cambodia Daily* wurde wegen angeblicher Steuerdelikte im September 2017 zur Schließung gezwungen, während die

Zeitung *The Phnom Penh Post* von einem der Regierung nahe stehenden malaysischen Investor übernommen wurde. Auch alle regierungskritischen Radio-Stationen wurden geschlossen.

Da dem Regime aber doch an einem Hauch von Legitimität gelegen war, liess man eine ganze Reihe von neuen Parteien registrieren. Und mittels repressiver Massnahmen sorgte man für eine ansehnlich hohe Wahlbeteiligung. Dank der Unterdrückung der Medienfreiheit verhallten die Aufrufe der Opposition zum Wahlboykott im Leeren. Zudem wurden allen, die zum Wahlboykott aufriefen, rechtliche Konsequenzen wegen Obstruktion der Wahlen angedroht. Und wer nach dem Wahltag keinen von Tinte gefärbten Finger aufweisen konnte – nach der Stimmabgabe wird jeweils ein Zeigefinger in nicht-abwaschbare Tinte getaucht – muss mit Diskriminierungen rechnen. Zum Beispiel können die für viele Transaktionen notwendigen öffentlichen Beurkundungen mit fadenscheinigen Begründungen verweigert werden. Öffentliche Angestellte aber auch Fabrikarbeiter_innen müssen befürchten, am Arbeitsplatz diskriminiert zu werden oder gar ihre Stelle zu verlieren, wenn sie nicht zeigen konnten, dass sie an der Wahl teilgenommen haben.

International fand diese sich schon lange abzeichnende Wahlfarce keine grosse Beachtung. Die USA und die EU hatten davor zwar die Visums-Bestimmungen für einige Regierungsmitglieder etwas verschärft, einige Entwicklungsprojekte auf Eis gelegt und mit weiteren Sanktionen gedroht. Ferner beschlossen sie, keine Wahlbeobachter zu entsenden. Doch all dies beeindruckte das Regime nicht im Geringsten. Hun Sen hatte bereits im letzten Jahr öffentlich erklärt, dass es ihm egal sei, ob das Wahlresultat von der internationalen Gemeinschaft anerkannt würde oder nicht. Nach den Wahlen drängte er die Wahlbehörde dazu, seinen Sieg rasch zu verkünden, damit er noch im August eine neue Regierung bilden und frisch legitimiert vor die nächste UNO-Generalversammlung treten könne: „Ich werde zu den Vereinten Nationen gehen, um dort eine Rede zu halten und zu zeigen, dass wir unsere Wahlen als souveräner Staat abgehalten haben, der von niemandem einen Stempel der Zustimmung benötigt.“

Auf einen starken Verbündeten zählt Hun Sen jedoch: China, das ein Heer von unkritischen Wahlbeobachtern ins Land geschickt hat, ist sehr daran interessiert, seinen Einfluss in diesem Mekong-Land weiter auszubauen. Dank der massiven Investitionen von China in Kambodscha im Rahmen der *Belt and Road Initiative* (BRI) ist das Land immer weniger abhängig von der westlichen Entwicklungshilfe. Die einzige Massnahme, die Kambodscha (und die chinesischen Investoren dort) wirklich schmerzhaft treffen würde, wäre eine Suspendierung der Handelspräferenzen durch die EU und die USA. Denn sie sind die wichtigsten Abnehmer für kambodschanische Textilexporte. Die Bekleidungsindustrie beschäftigt in Kambodscha fast eine Million Menschen und macht rund 80% der Exporte aus. Kein Wunder also, dass Oppositionelle, die es wagen sich für einen Handelsboykott durch die EU auszusprechen, mit Anklagen wegen Hochverrats rechnen müssen. Doch die EU scheint wenig Neigung zu verspüren, ernsthafte Sanktionen ins Auge zu fassen. Auch seitens der USA ist unter der gegenwärtigen Administration keine schärfere Kritik am Regime zu erwarten, da die Einhaltung von Menschenrechten und die Medienfreiheit unter Präsident Trump bekanntlich kein grosses Gewicht haben. Europa und die USA sind in Asien derzeit mit ihrer schwindenden Bedeutung beschäftigt. Solange Hun Sen keine grösseren Massaker anrichtet, werden sie daher trotz der angekündigten Wahlfarce rasch wieder zur Tagesordnung übergehen und das Feld nicht freiwillig China überlassen.

bernhard.herold@solidar.ch
Projektverantwortlicher Asien

links

- [Angekündigte Wahlfarce in Kambodscha](#)
- [VOA Cambodia \(lokale Quelle mit kritischer Berichterstattung, auf Englisch\)](#)
- [Demokratische Fassade \(Artikel von Peter Achten im Journal21\)](#)
- [A farewell to Everything But Arms? \(auf Englisch\)](#)

Blockchain: Die Wahlen der Zukunft?

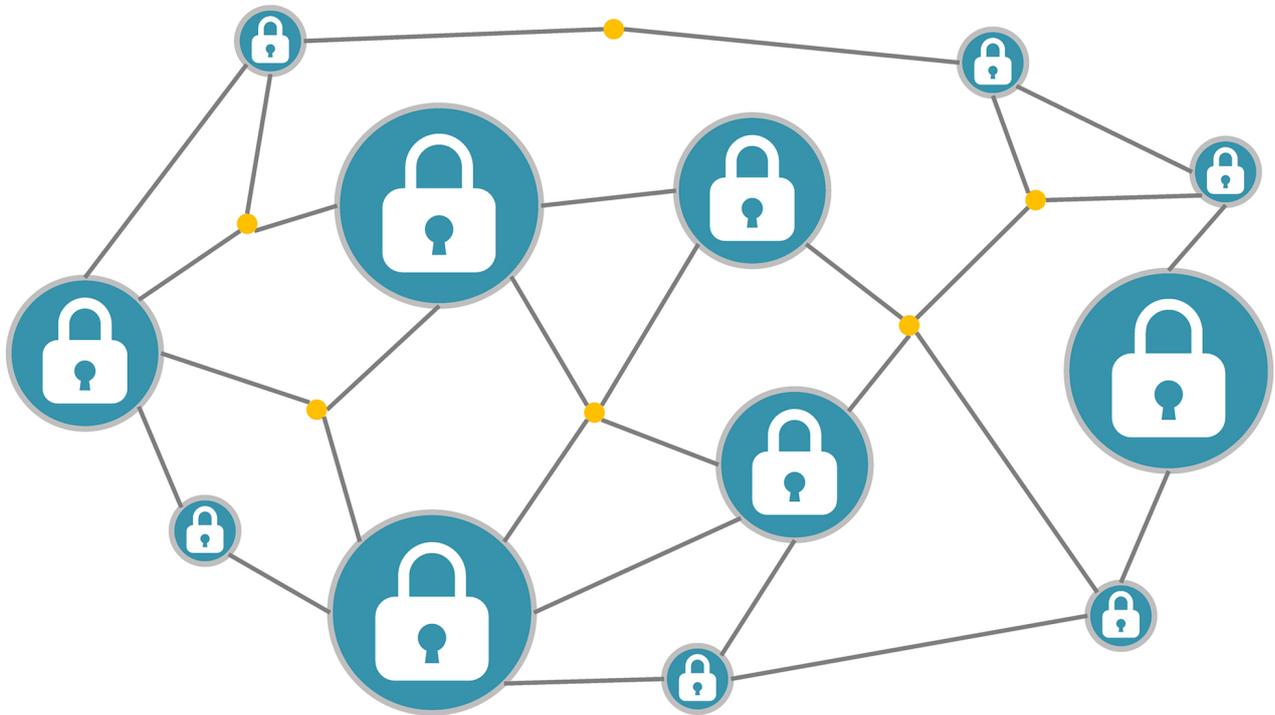


Bild von Creative Commons

Wahlen und Abstimmungen können neu per Internet mittels Blockchain-Technologie abgehalten werden. Mehrere Unternehmen haben bereits entsprechende Softwares entwickelt. Die neuen Systeme versprechen mehr Flexibilität und Sicherheit: Wahlmanipulationen und Hackerangriffe werden praktisch verunmöglicht. Wie könnte sich Blockchain auf Wahlen in fragilen Kontexten auswirken und welche Hindernisse und Probleme sind zu beachten? Thomas Imboden, Produktmanager Digital beim Schweizerischen Roten Kreuz (SRK), gibt uns eine Einschätzung.

Wie kann man sich den Ablauf einer Blockchain-Wahl konkret vorstellen?

Der gesamte Wahlprozess würde digitalisiert: Eine zentrale Instanz, zum Beispiel die Bundesbehörden, verschicken über einen Kanal wie E-Mail oder SMS einen Token (elektronischer Schlüssel). Dieser geht an alle Wahlberechtigten und ist idealerweise mit einer digitalen Identität verbunden. Der Token basiert auf einer geschlossenen Blockchain, unter der Kontrolle der öffentlichen Einrichtungen und berechtigt genau eine Stimmabgabe von genau einer Identität. Jede Wahlkandidatin/jeder Wahlkandidat hat dabei ein eigenes digitales Wahlkonto, auf welchem die abgegebene Stimme gespeichert und nachverfolgt werden kann.

Können Sie ein wenig mehr über diese digitale Identität sagen?

Die Koppelung an eine digitale Identität bietet eine zusätzliche Sicherheit. Der Token wäre dank dieser Verbindung nur gültig, wenn sich die Person identifiziert. Dadurch wird garantiert, dass auch wirklich jene Person wählt, die an den Token gebunden ist. Bereits heute nutzt die Post die digitale Identität namens Swiss ID und bei der SBB ist dies in Planung.

Für faire Wahlen müssen mehrere Voraussetzungen erfüllt werden. Ich denke hier beispielsweise an einen gerechten Wahlkampf, an den Zugang zu Wahllokalen und natürlich an die Auszählung. In welchen Bereichen könnte Blockchain eine Verbesserung bieten und in welchen nicht?

Die Fehlerquote bei der Auszählung durch die Blockchain läge nahezu bei Null. Der Zugang zu Wahllokalen fällt ebenfalls in den Hintergrund, weil die Wahlberechtigten von Zuhause, der Arbeit oder aus dem Spital heraus abstimmen könnten. Außerdem könnten erhebliche Kosten eingespart werden. Die ganze Thematik der ungerecht verteilten Wahlkampfgelder und Einflussnahme über Social Media wird mit dieser Technologie jedoch weiterhin ein Problem bleiben. Schliesslich sind wir alle immer noch Menschen und machen uns unsere eigene Meinung.

Welche neuen Probleme und Herausforderungen stellen sich durch Blockchain-Wahlen?

Die Sicherheit bleibt ein zentrales Thema. Selbstverständlich versucht jeder seine digitale Identität zu schützen, aber auch hier kann Gewalt und Drohung leider immer noch zu Manipulationen führen. Wenn auch in viel kleinerem Mass und mit viel mehr Aufwand. Auch bietet die heutige Verschlüsselungstechnologie zwar genug Sicherheit, das kann aber mit dem Aufkommen von neuen Computergenerationen plötzlich zum Problem werden, da die Anonymität vergangener Wahlen aufgelöst werden könnte. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist sicher auch die neutrale Instanz, welche die Technologie zur Verfügung stellt. Es birgt Probleme, wenn ein korruptes System die Technik selber bereitstellt, weil auch hier gäbe es Manipulationspotential.

Blockchain-Wahlen setzen eine Internetverbindung voraus. Könnte dies nicht gerade in armen Ländern ein Problem sein?

Doch, das ist schon ein Problem. Aber bereits im Jahre 2016 hatten ungefähr 47% der weltweiten Bevölkerung Zugang zum Internet. Dieser Wert steigt von Jahr zu Jahr. Und auch in diesem Bereich wären die neutralen Staaten gefordert Besserung, zum Beispiel in Form von Internet via Satellit, zu schaffen. Nicht nur um eine Wahl zu ermöglichen, sondern auch um die Demokratie und freie Meinungsäusserung zu fördern. Aber selbstverständlich ist es ein langer Weg bis auch abgelegene Bevölkerungen mit der Technik vertraut sind. Eine 100% Abdeckung ist für gerechte Wahlen aber auch nicht zwingend notwendig, schliesslich könnte die neutrale Instanz beispielsweise auch Wahllokale mit einer Internetverbindung und einem Computer zur Verfügung stellen.

Blockchain ist eine komplexe Technologie die schwer verständlich ist. Ist es nicht kritisch, wenn Wahlen mit einer Technologie durchgeführt werden, welche die Leute nicht verstehen?

Nur die wenigsten Menschen verstehen wie eine Software funktioniert und nutzen das Mobiltelefon und den Computer trotzdem täglich. Grundsätzlich ist es nicht wichtig die Technologie zu verstehen, sondern dieser zu vertrauen und den Sinn und die positiven Möglichkeiten darin zu sehen. Aufklärung ist hier das richtige Vorgehen. Würde die Blockchain von einem anerkannten, neutralen Staat wie zum Beispiel der Schweiz angeboten, würde das Vertrauen grundsätzlich schneller entstehen.

Gerade in autoritären Staaten, in denen Scheinwahlen abgehalten werden, könnte Blockchain für mehr Transparenz und Fairness sorgen. Allerdings sind es aber auch die Machthaber jener Staaten, welche sich gegen solche neuen Systeme wehren werden. Gibt es hierzu Lösungsansätze?

Ja, sicherlich die erwähnte Bereitstellung der Blockchain durch einen neutralen Staat. Ansonsten bin ich kein Experte auf diesem Gebiet, denke aber, dass auch in Zukunft die bestehenden Optionen, wie Wahlbeobachtung, Aufklärung der Bevölkerung und falls nötig Sanktionen, der richtige Ansatz sind.

Wie würde sich die Rolle der Wahlbeobachter_innen bei Blockchain-Wahlen verändern?

Der ganze Prozess der Wahlbeobachtung würde früher starten, denn diese müssten schon bei der Bereitstellung der Technologie dabei sein. Vor Ort müsste sichergestellt werden, dass die Leute richtig instruiert werden.

Könnten Blockchain-Wahlen dabei helfen das Vertrauen der Bevölkerung in die Demokratie zurückzugewinnen und Spannungen abzubauen?

Meiner Meinung nach schon, ja. Die Einführung muss aber auch medial sehr gut begleitet und vorsichtig angegangen werden. Der Bevölkerung muss bewusst sein, dass diese Technologie fair und neutral ist. Besteht dieses Bewusstsein sollte dies auch zu weniger Spannungen und Gewalt führen.

Was bedeuten diese Entwicklungen für das SRK? Bereitet ihr euch auf diese Veränderungen vor?

Auch wir beschäftigen uns mit der Blockchain-Technologie. Die Möglichkeiten der Transparenz und Automatismen sind auch bei uns ein wichtiges Thema. Das Rote Kreuz hält sich aber aus jeglichen politischen Auseinandersetzungen heraus. Neutralität ist einer der sieben Rotkreuz-Grundsätze und ein wichtiger Grund, weshalb Menschen unterschiedlichster Herkunft uns vertrauen und wir auch an Orten, wo andere Hilfsorganisationen keinen Zugang haben, notleidenden Menschen helfen können. Im Sinne unserer humanitären Aufgabe sind wir aber daran interessiert, Entwicklungen zu unterstützen, die es auch benachteiligten Bevölkerungsgruppen ermöglichen, ihre Stimme einzubringen und ihre Rechte wahrzunehmen.

Längst nicht alles was technologisch machbar ist, setzt sich auch durch. Wie schätzen Sie die Zukunft von Blockchain-Wahlen ein? Nur eine Modeerscheinung oder die Wahlen der

Zukunft?

Die Blockchain-Technologie hat in meinen Augen Zukunftspotential und wird Verbesserungen und neue positive Möglichkeiten in vielen Bereichen mit sich bringen. Hoffentlich wird Blockchain auch zu mehr Transparenz und Gerechtigkeit bei Wahlen und Abstimmungen beitragen.

Schweizerisches Rotes Kreuz

Thomas Imboden

Thomas.Imboden@redcross.ch

Produktmanager Digital

links

- [Schweizerisches Rotes Kreuz](#)

dossier

Kambodscha: Wahlen ohne Opposition



2013 brachte die Oppositionspartei CNRP die Massen auf die Strassen. Inzwischen wurde sie verboten.
Foto von: Ali Al-Nasani. Dieses Bild steht unter einer Creative Commons Lizenz

Dieser Artikel von [Ali Al-Nasani](#) wurde am 9. Juli 2018 [hier](#) publiziert.

Am 29. Juli finden in Kambodscha die Wahlen zur Nationalversammlung statt. Doch die einzige Oppositionspartei im Parlament wurde im Vorfeld der Wahl verboten. Das Land steuert auf ein Ein-Parteien-System zu.

Als im Jahr 2013 die neu geformte Oppositionspartei Kambodschas, die Partei zur Nationalen Rettung CNRP, bei den Wahlen zur Nationalversammlung über 40% der Stimmen bekam, erfuhr das Land so etwas wie einen politischen Frühling. Plötzlich wurde offen über die Probleme des Landes wie überbordende Korruption, Vetternwirtschaft, Landraub, mangelhaftes Bildungssystem und fehlende soziale Sicherheit diskutiert. Die Jugend ging auf die Straße und zelebrierte die Demokratie und sich selbst.

Der Erfolg der Oppositionspartei brach ihr gleichzeitig das Genick

Als sie bei der Kommunalwahl 2017 an der 50-Prozentmarke kratzte, wurde der regierenden kambodschanischen Volkspartei CPP bewusst, dass bei fairen und freien Wahlen 2018 ein Machtwechsel drohte. Was folgte war nicht weniger als ein massiver Abbau demokratischer Spielräume. Oppositionsnahe Radiostationen und Zeitungen wurden

geschlossen, die CNRP selbst wurde unter dem Vorwand des Landesverrats verboten. Oppositionsführer Sam Rainsy musste ins Exil gehen, sein Stellvertreter Kem Sokha wurde inhaftiert. Facebook und Twitter wurden fortan überwacht und kritische Stimmen vor Gericht gezerzt.

Die Ermordung des prominenten Regimekritikers Kem Ley unter bisher ungeklärten Umständen, die willkürliche Verhaftung von Aktivist_innen sowie eine gewalttätige politische Rhetorik haben sich auch auf die Arbeit der Zivilgesellschaft ausgewirkt. Mit der massiven Einschränkung demokratischer Freiheiten wurden die positiven Entwicklungen der vergangenen Jahre zurückgeschraubt. Die Frauen sind die Verliererinnen des Demokratieabbaus. Deutlich wird dies bei dem klar verfehlten Anspruch von Regierung und Opposition, die Präsenz von Frauen in der Politik zu fördern.

Wer den Mund aufmacht, wird aufgelöst

Immer wieder droht die Regierung all jene Organisationen, die sich nicht politisch neutral verhalten, aufzulösen; Drohungen, die sich vor allem gegen regierungskritische NGOs richten. Politisch neutral ist in diesem Sinne als stumm zu interpretieren.

Nach dem Verbot der CNRP wurden alle ihre Sitze in den Gemeinderäten an die Regierungspartei verteilt. Eine rechtliche Grundlage dafür gibt es nicht. Da die Gemeinderäte wiederum den Senat wählen, war es nicht verwunderlich, dass bei den nachfolgenden Senatswahlen im Februar 2018 die Regierungspartei CPP 100% der Sitze erhielt. Die Wahlen zur Nationalversammlung Ende Juli drohen ohne die Teilnahme der großen Oppositionspartei zur Farce zu werden. Zwar haben sich etliche kleine Parteien zur Wahl registriert, doch gelten sie entweder als regierungsnah oder sind völlig unbekannt.

Mit Zuckerbrot und Peitsche zum Wahlsieg

Gleichzeitig verteilt die Regierung Geschenke an die Bevölkerung: Der seit über 30 Jahren regierende Premierminister Hun Sen hat persönlich Bargeld an Textilarbeiter_innen verteilt. Darüber hinaus wurde allen Veteranen der Armee ein neues Haus versprochen, und Schwangere sollen zukünftig 40 Dollar während der Schwangerschaft erhalten. Landesweit wurden neue Baugenehmigungen für die lokale Bevölkerung erteilt. Und zum wiederholten Male wurde versprochen, die so genannten Geisterangestellten (Namen von Personen auf Gehaltslisten, die nicht existieren) in den Ministerien und der öffentlichen Verwaltung zu streichen, um damit die Korruption zu beenden.

Im Zuge dieser Maßnahmen wurden allerdings auch endlich einige Landkonflikte abschließend gelöst, an denen Partnerorganisationen der Heinrich Böll Stiftung seit vielen Jahren arbeiten. Beispielsweise bekamen im Süden Phnom Penhs 138 Familien nach jahrelangem Kampf nun Landtitel zugesprochen und sind damit vor Vertreibung sicher.

Mit dieser Politik von Zuckerbrot und Peitsche dürfte das Wahlergebnis schon feststehen: Alles andere als eine übergroße Mehrheit für die Regierungspartei dürfte einem Wunder gleichkommen. Kambodscha steuert somit auf ein Ein-Parteien-System zu.

Für die Demokratie in Kambodscha sieht es schlecht aus

Zwar hat die EU unter den gegenwärtigen Umständen ihre Unterstützung für die Wahlen zurückgezogen. Es wird auch keine offizielle Wahlbeobachtung geben. Doch mit weitergehenden Schritten tut sich der Westen schwer. Seit Jahren ist bekannt, dass die Handelsvorteile Kambodschas zum zollfreien Export von Waren in die EU teilweise mit Menschenrechtsverletzungen einhergehen. Und obwohl die EU bereits 2013 eine Untersuchung ankündigte, ist diese bis heute nicht vollzogen worden.

Das Standardargument für weitere Kooperation mit der kambodschanischen Regierung ist immer, dass man das Land nicht in die Hände von China treiben wolle. Dabei wird ausgeblendet, dass China schon immer ein starker Verbündeter jeglicher kambodschanischen Regierung war. Massive chinesische Investitionen, Blankoschecks für Militärausgaben sowie finanzielle Unterstützung für regierungsnahe NGOs werden von Kambodscha mit Unterstützung Chinas auf der internationalen Bühne vergolten. Und China braucht Kambodscha, um eine gemeinsame Position der ASEAN-Staaten im Konflikt um das südchinesische Meer zu verhindern.

In diesem Sinne ist die kambodschanisch-chinesische Kooperation eine win-win-Situation für beide Länder. Für die Demokratie in Kambodscha verheißt dies nichts Gutes.

[Heinrich Böll Stiftung](#)

Ali Al-Nasani

Ali.Al-Nasani@kh.boell.org

links

- [Kambodscha: Wahlen ohne Opposition](#)
- [Heinrich Böll Stiftung](#)

erfahren sie mehr darüber

Komplexität und Kurzfristigkeit: Ursachen und Folgen von Gewalt bei Wahlen



Präsidentenwahlen Iran 2009. Foto von Creative Commons

Wahlen sind eine zentrale Komponente einer Demokratie. Im Idealfall ermöglichen sie einen friedlichen Machtübergang. In bereits von Konflikten betroffenen Regionen enden sie jedoch oft in noch mehr Gewalt. Welche Bedingungen begünstigen Gewalt bei Wahlen? Und führt sie immer zum gewünschten Resultat?

Kristine Höglund mit ihrem Artikel *Electoral Violence in Conflict-Ridden Societies: Concepts, Causes, and Consequences* sowie Emilie Hafner-Burton, Susan Hyde und Ryan Jablonski mit dem Beitrag *Surviving Elections: Election Violence, Incumbent Victory, And Post-Election Repercussions* haben von Gewalt begleitete Wahlen analysiert. Höglund fokussiert anhand einer theoretischen Perspektive auf Bedingungen, die Gewalt bei Wahlen fördern, sowie deren Folgen. Hafner-Burton und Kollegen_innen nehmen eine empirische Untersuchung der Erfolgchancen von Wahlmanipulation durch den Einsatz von Gewalt vor.

Gewalt bei Wahlen unterscheidet sich v.a. aufgrund der spezifischen Akteure, Aktivitäten, dem Timing sowie den Motiven von Gewalt im Allgemeinen. Wobei in beiden Artikeln vor

allem Letztere, Timing und Motive, besonders betont werden. Zu klassischen Akteuren von Gewalt bei Wahlen gehören beispielsweise das Militär, politische Parteien oder Rebellen-Gruppen. Typische Aktivitäten sind das Schikanieren, Bedrohen, Einschüchtern oder Ermorden von Kandidaten_innen oder das Anzetteln von Aufständen.

Logisch scheint, dass Gewalt vor, während oder nach Wahlen auftreten kann. Was simpel klingt, ist in der Realität jedoch gemäss Höglund komplexer. Die Vor-Wahl-Periode kann bereits mit der Wählerregistrierung beginnen und diese wiederum kann, wie 1993 in Kambodscha, bereits ein Jahr vor den Wahlen starten. Auch die Wahlen selbst ereignen sich nicht zwingend an einem einzigen Tag. So können sie sich über mehrere Tagen hinwegziehen wie 2006 in Palästina, als Sicherheitskräfte bereits einige Tage vor den regulären Wahlen abgestimmt haben. Nicht zuletzt kann Gewalt auch in der Periode nach den Wahlen auftreten, die nach Höglund als Zeitraum zwischen den Wahlen und der Inauguration des neu gewählten Organs definiert werden kann.

Das Hauptmotiv von Gewalt bei Wahlen ist die Beeinflussung des Wahlergebnisses. Damit ist Gewalt bei Wahlen ein Instrument – nebst anderen wie Wahlbetrug oder Stimmenkauf – der Wahlmanipulation. Im Unterschied zu anderen Methoden stellt Gewalt jedoch die grösste Gefahr für die Sicherheit der betroffenen Menschen dar.

Begünstigende Bedingungen sind äusserst vielfältig. So gibt es von Konflikten betroffene Gesellschaften in denen keine Gewalt bei Wahlen auftritt. Auch unterscheidet sich die Gewalt in Bezug auf ihre Form und Intensität. Da es gemäss Höglund an akademischen Untersuchungen in Bezug auf Gewalt begünstigende Faktoren fehlt, identifiziert die Autorin „potentielle“ Determinanten. Konkret ergeben sich drei Faktoren: Die Natur der Politik, die Natur der Wahlen und die Wahlinstitutionen. So begünstigen insbesondere patrimonialische politische Systeme, nicht-abgerüstete bzw. mobilisierte politische Akteure, eine gewaltsame Vergangenheit und eine Kultur der Straflosigkeit Gewalt bei Wahlen. Auch die Natur von Wahlen an sich sei ein Faktor. Wahlen würden die Mobilisierung grosser Teile der Gesellschaft fördern. Dabei würden Unterschiede anstelle von Gemeinsamkeiten betont. Bestehende soziale Konflikte könnten dadurch intensiviert werden. Auch weitere Faktoren, die mit der Durchführung von Wahlen auftreten, würden Konflikte fördern: So sind gemäss Höglund z.B. Kandidaten_innen aufgrund von öffentlichen Auftritten gegenüber möglicher Gewalt exponiert. Auch resultierten aus Wahlen unabdingbar Verlierer_innen. Die Unsicherheit und die Angst des Verlierens seien weitere fördernde Faktoren. Gerade Hafner-Burton und Kollegen_innen betonen, dass Gewalt bei Wahlen öfters auftritt, wenn Amtsinhaber_innen unsicher sind in Bezug auf den Wahlausgang. Nicht zuletzt beeinflussten auch Wahlmechanismen, -administration und die Gestaltung des Wahlsystems die Wahrscheinlichkeit von Gewalt vor, während oder nach Wahlen. Höglund argumentiert beispielsweise, dass in Gesellschaften mit Systemen, in welchen eine geringe Zahl an Stimmen einen grossen Einfluss auf das Resultat haben können, wie z.B. bei First-Past-the-Post-Systemen, das Auftreten von Gewalt wahrscheinlicher ist.

So komplex und vielfältig wie die gewaltfördernden Bedingungen sind auch deren Konsequenzen. Gewalt bei Wahlen kann z.B. dazu führen, dass Bürger_innen den Wahlen fern bleiben, sich Kandidaten_innen zurückziehen, Verschiebungen bei Wahlen stattfinden oder bestehende bzw. vergangene Konflikte sich verschärfen resp. wieder aufflammen.

Wird Gewalt von der amtierenden Regierung eingesetzt, um die Wahl zu beeinflussen, gilt oft die Annahme, dass dies auch zum gewünschten Resultat – dem Machterhalt – führt. Doch ist diese Annahme überhaupt korrekt? Blickt man auf folgende Grafik aus dem Artikel von Hafner-Burton und Kollegen_innen, so scheint dies zutreffend.

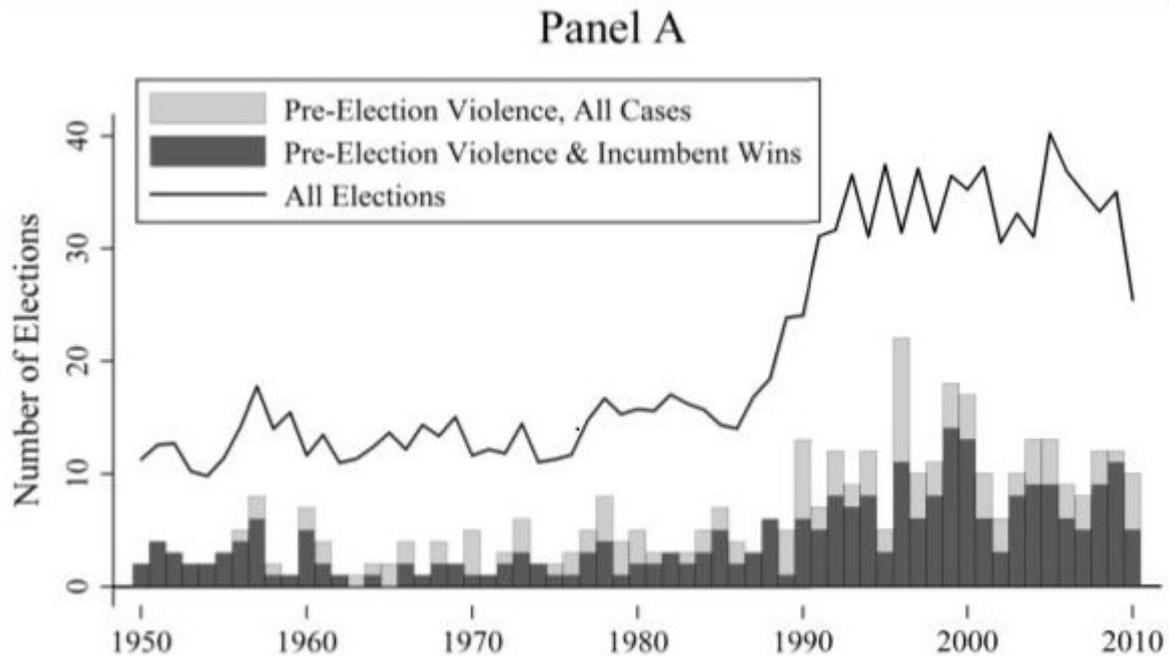


Abbildung 1: Das Auftreten von Gewalt bei Wahlen und Siege durch die Amtsinhaber

Die Autoren_innen analysierten zwischen 1950 und 2010 1322 Wahlen. Speziell betrachteten sie die von Regierungen lancierte Gewalt vor Wahlen, das Auftreten von Protesten nach diesen sowie darauffolgende Konzessionen der Regierungen. Ihre empirische Untersuchung zeigt, dass ein positiver Zusammenhang zwischen dem Einsatz von Gewalt und einem Wahlsieg der Regierung besteht. Konkret führe die Gewalt zu einer höheren Wahlbeteiligung und mehr Stimmen für die Gewalt induzierende Regierung. Dieser „Erfolg“ ist gemäss der Analyse von Hafner-Burton meist nur von kurzer Dauer. So wird zwar die Chance eines Wahlsieges erhöht, aber gleichzeitig auch die Chance, dass es nach den Wahlen zu Protesten kommt. Treten Proteste auf, führen diese meist zu Konzessionen durch die Regierung. So erhöhen auf die Wahlen folgende Proteste die Wahrscheinlichkeit um 500 Prozent, dass es zu Eingeständnissen durch die Regierung kommt. Daran könne auch Gewalt gegen die Proteste, also Gewalt nach den Wahlen, nichts ändern.

Weshalb setzen Amtsinhaber_innen trotzdem auf Gewalt bei Wahlen? Die Studie von Hafner-Burton liefert auf diese Frage keine empirischen Antworten. Dennoch nehmen die Autoren_innen an, dass die meisten Amtsinhaber_innen kurzfristige Ziele – das Gewinnen der Wahlen – höher werten als langfristige Strategien. Auch die Unsicherheit sei ein verstärkender Faktor für die Wahl dieser Strategie. So sei man sich oft unsicher im Hinblick auf die eigene Popularität und die Wahlchancen im Volk und unterschätze daraufhin die Möglichkeiten und Folgen der Mobilisierung in der Bevölkerung.

Diese Synthese zeigt: Ursachen und Folgen von Gewalt bei Wahlen sind komplex. Und obwohl Gewalt, eingesetzt durch die amtierende Regierung, oft zum Machterhalt führt, ist der längerfristige Erfolg nicht garantiert. Im Gegenteil: Die Studie von Hafner-Burton und

Konsorten_innen zeigt, dass Gewalt vor Wahlen am Ende in Konzessionen durch die Regierung mündet. Dennoch stellen die Autoren_innen beider Artikel fest, dass die Komplexität von Gewalt bei Wahlen noch weitestgehend unerforscht ist. So brauche es insbesondere zusätzliche Studien über die unterschiedlichen Formen von Gewalt bei Wahlen sowie das Zusammenspiel mit anderen Möglichkeiten der Wahlmanipulation.

[swisspeace](#)

Flavio Dal Din

flavio.daldin@swisspeace.ch

Communications

[links](#)

- [Electoral Violence in Conflict-Ridden Societies: Concepts, Causes, and Consequences, Terrorism and Political Violence \(auf Englisch\)](#)
- [Surviving elections: election violence, incumbent victory, and post-election repercussions \(auf Englisch\)](#)

aktuell

swisspeace / KOFF



Agenda 2030 Pressekonferenz. Foto von Martin Bichsel

Zivilgesellschaftlicher Bericht über die Umsetzung der Agenda 2030

Am 20. Juni hat der Bundesrat die nationale Berichterstattung zur Umsetzung der Agenda 2030 durch und in der Schweiz veröffentlicht. Die zivilgesellschaftliche Plattform Agenda 2030 präsentierte am 3. Juli ihren eigenen Bericht mit dem Titel: «Wie nachhaltig ist die Schweiz? Die Umsetzung der Agenda 2030 aus Sicht der Zivilgesellschaft». In dem Bericht hebt die Zivilgesellschaft die Herausforderungen der Schweiz hervor und ergänzt den offiziellen Bericht, welcher wichtige Punkte auslässt. Der zivilgesellschaftliche Bericht beinhaltet elf Empfehlungen, die in Zusammenarbeit aller Mitglieder der Plattform verfasst wurden, sowie inhaltliche Beiträge zu verschiedenen Themen der Agenda 2030, welche die thematischen Expertinnen und Experten der Plattform geschrieben haben. Kapitel 11 (S. 58) widmet sich dem Ziel 16 «Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen». Darin wird die Interaktion zwischen Frieden und Gerechtigkeit mit den anderen Entwicklungszielen betont. Insbesondere die Wechselwirkung mit Armut, Bildung, Geschlechtergleichstellung, nachhaltige Wirtschaft, soziale Ungleichheit, nachhaltige Städte und Partnerschaften zwischen Ländern werden erwähnt.

[swisspeace](#)

Anna Leissing

Anna.Leissing@swisspeace.ch

links

- [Bericht der Zivilgesellschaft](#)
- [Nationale Berichterstattung](#)

Wirtschaft, Konflikte und Friedensförderung

Kurs

Wie können Unternehmen in unbeständigen Gebieten verantwortlich agieren? In diesem swisspeace Kurs wird diese Frage aus verschiedenen Blickwinkeln untersucht. Neueste internationale Standards bezüglich Wirtschaft und Menschenrechte sowie Wege, wie Unternehmen diese umsetzen können, werden diskutiert. Der Kurs beleuchtet die Rollen und Strategien von Unternehmen, Regierungen, internationalen Organisationen und der Zivilgesellschaft bei der Förderung verantwortungsvoller Geschäftstätigkeiten.

Durch die Teilnahme an diesem Kurs lernen Sie, wie Unternehmen einen Einfluss auf konfliktbetroffene und fragile Regionen haben können; Sie werden vertraut mit den relevanten geltenden Vorschriften und Initiativen in Bezug auf Wirtschaft und Menschenrechte auf nationaler und internationaler Ebene; Sie erfahren alles über Best Practices und verbessern ihre Fähigkeiten, eine verantwortungsvolle Geschäftsführung praktisch umzusetzen und zu fördern. Der Kurs wird Sie auch dazu befähigen, die Sichtweise von Vertreter_innen anderer Interessensgruppen besser zu verstehen und Ihr Netzwerk von internationalen Praktiker_innen und Expert_innen zu erweitern.

Der Kurs findet vom 23. bis 24. November 2018 in Basel statt. Er ist zugeschnitten auf Praktiker_innen, die in der Privatwirtschaft, Zivilgesellschaft oder Regierung verantwortungsvolle Geschäftstätigkeit in fragilen Gebieten fördern wollen. Der Kurs könnte besonders interessant sein für Personen, die am UNO Forum zu „Business and Human Rights“ in Genf teilnehmen, da das Forum gleich nach dem Kurs vom 26. bis 28. November stattfindet.

swisspeace

swisspeace Training
academy@swisspeace.ch

links

- [Weitere Informationen \(auf Englisch\)](#)
- [Anmeldung bis zum 30. September \(auf Englisch\):](#)

aktuell

KOFF Trägerorganisationen



„Dialog International“ zum Potential der Kirche als Friedensstifterin im Südsudan am 22. Juni 2018. Foto von Mission 21

Potential der Kirche als Friedensstifterin im Südsudan

Der prominent besetzte „Dialog International“ von Mission 21 am 22. Juni 2018 zum Potential der Kirche als Friedensstifterin im Südsudan beleuchtete den vielschichtigen Bürgerkrieg und die Friedensarbeit von Mission 21 und ihren Partnerorganisationen. Im machtpolitisch aufgeladenen Bürgerkrieg, in dem Ethnien instrumentalisiert und gegeneinander aufgehetzt werden, geniesst die Kirche als eine der wenigen Institutionen noch das Vertrauen der Bevölkerung, da sie die unterschiedlichen ethnischen Gruppen verbindet und tagtäglich Hilfe für die notleidende Bevölkerung leistet.

Im Südsudanesischen Kirchenbund haben sich die Kirchen des Landes ökumenisch vereint und umfassen auch die Mitglieder der verfeindeten Parteien und Ethnien. Gemeinsam wurde ein Aktionsplan für den Frieden erarbeitet, wie dessen Vorsitzender Peter Gai erläuterte. Wichtig sei die Schaffung von Gesprächsräumen auf allen Ebenen, um die Versöhnung und die Traumabearbeitung voranzubringen: „Die Geschichten müssen erzählt werden“ so Peter Gai. Begleitet wird dies von Advocacy- und Capacity-Building-Massnahmen auf den verschiedenen Ebenen.

Das Potential der Kirche als Friedensstifterin hat auch das Eidgenössische Departement

für auswärtige Angelegenheiten (EDA) erkannt. Ferdinand von Habsburg-Lothringen ist vom EDA als Senior Berater für die Friedens- und Versöhnungsarbeit des Südsudanesischen Kirchenbundes beauftragt. Der Kirchenbund habe bei der letzten Einladung als Moderator zwischen den verfeindeten Parteien in drei Tagen mehr erreicht als die Politiker_innen in einem Jahr, sagt Ferdinand von Habsburg-Lothringen. Eine der grössten Herausforderungen sieht er in den mehrfachen Kriegstraumata der Bevölkerung: „Jeder einzelne Mensch im Südsudan hat so viele Verletzungen, seelisch oder körperlich. Das macht es extrem schwierig, einen friedlichen Konsens und eine menschliche Lösung zu finden.“ Politisch gesehen seien die wirtschaftlichen Interessen unterschiedlicher Akteure am ölreichen Südsudan eine der grössten Hürden für den Frieden.

Der nächste „Dialog International“ von Mission 21 findet am 10. September in Basel von 18.30-20.30 Uhr zu Nigeria statt: „Wie in Nigeria Hass entstand und Frieden wächst.“

Ebenfalls organisiert Mission 21 am 14. September in Basel eine ganztägige Tagung zu Versöhnung und Wertschätzung von Diversität in Indonesien und der Schweiz.

[Mission 21](#)

Katharina Gfeller

katharina.gfeller@mission-21.org

Programmverantwortliche Asien und Focal Point Friedensförderung

[links](#)

- [Bevorstehenden Veranstaltungen Mission 21](#)
- [Vergangenen Veranstaltungen Mission 21](#)

agenda

Bevorstehende Veranstaltungen und Inserate

18. August – 25. Oktober 2018

Bern, Schweiz

[Stadtrundgang - Orte der Teilhabe](#)

Wo reden und entscheiden Migrantinnen in Bern mit? Welche gesellschaftlichen Veränderungen haben sie bisher bewirkt? Wo soll die Teilhabe von Migrantinnen in Gesellschaft und Politik künftig mehr Gewicht haben?

[Weitere Informationen](#)

24. August 2018

Bern, Schweiz

[Jahresveranstaltung 2018 der Schweizer Helsinki Vereinigung](#)

Dr. Thomas Greminger, Generalsekretär der OSZE, wird sich an der Veranstaltung zu den aktuellen Herausforderungen der OSZE äussern.

[Weitere Informationen](#)

ab 27. August 2018

In verschiedenen Städten der Schweiz

[HEKS-Lunchkinos 2018](#)

In diesem alljährlichen Event zeigt ein Dokumentarfilm die Arbeit von HEKS auf.

[Weitere Informationen](#)

30.-31. August 2018

Bern, Schweiz

[Bund und Kantone im Migrationsrecht](#)

Die vierzehnten Schweizerischen Migrationsrechtstage widmen sich dem föderalen Zusammenspiel in den Bereichen Ausländerrecht, Asyl und Bürgerrecht.

[Weitere Informationen](#)

1. September 2018

Bern, Schweiz

[80 Jahre cfd \(die feministische Friedensorganisation\) – Tag der offenen Tür](#)

Packen Sie die Gelegenheit beim Schopf – erfahren Sie alles, was Sie schon immer über den cfd wissen wollten, aus erster Hand.

[Weitere Informationen](#)

6. September 2018

Kloten, Schweiz

[Nachhaltigkeit in Einkauf und Beschaffung](#)

Was kann der Einkauf tun, um der Umwelt gerecht zu werden, den gesetzlichen Vorschriften zu genügen und trotzdem ökonomisch attraktiv zu bleiben?

[Weitere Informationen](#)

10. September 2018

Basel, Schweiz

[Wie in Nigeria Hass entstand und Frieden wächst](#)

Die anhaltende Gewalt in Nigeria macht uns ratlos: Wie können Hass und Gewalt derartig eskalieren?

[Weitere Informationen](#)

14. September 2018

Basel, Schweiz

[Versöhnung und Wertschätzung von Diversität in Indonesien und der Schweiz](#)

Die Teilnehmenden dieser Fachtagung diskutieren offen über die steigenden Spannungen zwischen religiösen Gruppen in Indonesien.

[Weitere Informationen](#)

bis 16. September 2018

Bern, Schweiz

[Ausstellung: Flucht](#)

Geschichten von Menschen, die wegen Gewalt, Krieg und Verfolgung zur Flucht gezwungen wurden.

[Weitere Informationen](#)

9.-10. November 2018

Basel, Schweiz

[Konflikttransformation und die Rolle der Religion Kurs](#)

Was ist die Rolle der Religion in Konflikten rund um die Welt und wie hat diese sich entwickelt?

[Weitere Informationen](#)

[Anmeldung bis 30. September 2018](#)

30. Januar – 1. Februar 2019

Basel, Schweiz

[Theorie des Wandels in fragilen Kontexten Kurs](#)

Wie können Sie Ihre Projekte in fragilen Kontexten effektiv gestalten?

[Weitere Informationen](#)

[Anmeldung bis 30. November 2018](#)

Stelleninserat

Köln

[medica mondiale](#)

medica mondiale e. V. ist eine international tätige, feministische Frauenrechts- und Hilfsorganisation, die Frauen und Mädchen in Kriegs- und Krisengebieten unterstützt. Die Organisation sucht:

Referentin Fördermittelakquise

Regionalreferentin im Bereich Internationale Programme (100%) (Afrikanische Große Seen Region)

Dieses PDF wurde automatisch generiert.
Lesen sie à propos: www.swisspeace.ch/apropos

Herausgeber	KOFF von swisspeace
Kontakt	Sonnenbergstrasse 17, Postfach, CH-3001 Bern, Tel.: +41 (0)31 330 12 12
Redaktion	Amélie Lustenberger, Flavio Dal Din
Übersetzung	Furrer Übersetzungen, Übersetzergruppe Zürich
Bildmaterial	Proteste in Phnom Penh 2013. Foto von Flickr

KOFF

Die Schweizer Plattform für Friedensförderung
La plateforme suisse de promotion de la paix
La piattaforma svizzera per la promozione della pace
The Swiss platform for peacebuilding

KOFF ist ein Projekt der Schweizerischen Friedensstiftung swisspeace. Es wird gemeinsam getragen vom Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten und den folgenden Schweizer Nicht-regierungsorganisationen:

ae-centre	Graines de Paix	Peace Watch Switzerland
Alliance Sud	Green Cross Schweiz	Peace Brigades International
APRED	GSoA	Peace Nexus Foundation
artasfoundation	HEKS	Quaker United Nations Office
BAHA'I	HELVETAS Swiss Int.	Schweizerische Flüchtlingshilfe
Brücke · Le pont	IAMANEH Schweiz	Schweizerischer Friedensrat
Caritas Schweiz	Institute for Conflict	Schweizerischer Katholischer
Caux - Initiativen	Transformation and	Frauenbund
der Veränderung	Peacebuilding	Schweizerisches Rotes Kreuz
cfed	IFOR-Schweiz	SCI Schweiz
DCAF	Interpeace	Solidar Suisse
Eirene Schweiz	Luzerner Initiative für Frieden	SOS Kinderdorf
Fastenopfer	und Sicherheit (LIPS)	Stiftung Kinderdorf Pestalozzi
Fondation Hirondelle	medico international schweiz	Swiss Academy for
FriedensFrauen Weltweit	mission 21	Development
Frauen für den Frieden	miva Schweiz - transportiert	SWISSAID
Schweiz	Hilfe	Terre des Femmes Schweiz
Gesellschaft für bedrohte	Palmyrah	terre des hommes schweiz
Völker		